



Tageszeitung der

Verzinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Altverseburg

Der Reichstag Wild-West.

Hakenkreuzler-Bestallitäten.

Gegen sozialdemokratische Funktionäre und ihre Frauen. Warum greift die Polizei nicht ein? - Die Hakenkreuzler als amtliche Exekutivorgane.

München, 20. September. (Ein Draht.) Am letzten Sonntag war nicht nur 'Deutscher Tag' in Hof, sondern auch in dem Städtchen Neuburg (Donau), woran sich der Gaufraktion der Hakenkreuzler aus Ingolstadt, Altingen und Augsburg beteiligten. Die Festrede hielt der durch seine gemeinsamen Agitationsreisen mit Adolf Bekannte General Lufft, die eine einzige große Aufforderung zum Kampf gegen die Weimarer und für die 'innere Heimung' war. Die Besinger Arbeiterorganisationen hatten für diesen Tag die Partei an ihre Mitglieder gegeben. In den Wohnungen zu Berlin oder auch sich ebenfalls nicht bemerkbar zu machen. Das partei nur den Hakenkreuzler sehr wenig in ihr Programm, in das sie beschließen, die ihnen bekannten Arbeiterführer in ihren Wohnungen aufzusuchen. Schon am Sonntagabend wurde bei einem Gruppenführer der Hakenkreuzler, der sich als 'Hakenkreuzler' bezeichnet, ein Gespräch geführt, wobei die Frau eines Arbeiters und dessen Schwägerin, die sogar ein halbjähriges Kind in roter Weste aus dem Bett griffen. Sodann ging die Bestallität in der Wohnung auf. Die beiden Frauen wurden dabei mit dem Hakenkreuzler bedient. Dieser Festrede wurde ein Brief geschrieben, der von dem 2. Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Neuburg als Vertreter der Polizei hätte zentralisiert wurde. Die Hakenkreuzler erkannten von dieser Bestallität, deren Brief auf das ganze Reich ab und drangen in das amtliche Büro ein. Der Genosse, ein pensionierter Oberpostbeamter, Invalide mit einem Fuß, wurde sofort niedergeschlagen, wieder hochgehoben und abermals niedergeschlagen, bis er schließlich vor seinem Schreibtisch zusammenbrach. Die nachfolgenden Bestalligungen wurden mit Beschimpfungen und Drangsalen bedient. Seine Ehefrau ist von dem Hakenkreuzler geschlagen und mit dem Gummistempel auf das Gesicht eingeschlagen. Die Einrichtung der ganzen Wohnung wurde durch einandergerackelt und schließlich noch der Fußboden aufgerissen. Der Anführer der Bande hatte bei dieser Aktion den bei dem SA-Führer gefundenen Revolver bereits umgeschickelt. Die amnestierten Hakenkreuzler erklärten, sie hätten nichts machen, da die Hakenkreuzler nur den Weimarer Völkischen erhalten hätten. In ähnlicher Weise wurde in noch zwei Wohnungen gemacht. Aus einem Kaffeehaus wurden 17 junge Leute herausgeführt und mit 'Hände hoch' in das Quartier der Hakenkreuzler geführt. Sie wurden fe bestialisch und dann mit Schlägen und Gummistampeln bedient, bis einzelne von ihnen bewusstlos zusammenbrachen. Der Leiter der nationalsozialistischen W. a. u. b. d. baute den ganzen Sonntag über an; sie sprachen offen die Drohung aus, in 14 Tagen alles niedermachen, was nicht schwarzgezeichnet sei.

Wittelsbad und Epp.

Partikularistische Hege von Reichsbeamten in Bayern gegen das Reich.

München, 20. September. (Ein Draht.) Dienstag Abend fand eine Versammlung in der die sozialdemokratisch eingestellten Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, Beyer und Rothmeier, sprachen. Es wurde gegen den Parteivorstand des Reiches ein Protestmarsch beschlossen, weil diese Partei aus einer einzigen Richtung im Reichlichen Reich, nämlich den Altpreußen, allein in Anspruch genommen würde. Wenn das bayerische Volk einen Kommunisten braucht und anerkennt, dann sei es neben der legalen Staatsregierung höchstens der Träger des Namens Wittelsbad. In dem öffentlichen Brief, die Reichsregierung in Bayern den Einfluss der Hitler-Verlogenheit zu entziehen, wurde an die bayerische Regierung die Forderung gerichtet, endlich durchzusetzen, daß bayerische Truppen in Zukunft nur von bayerischen Generälen geführt würden. Diese Forderung hängt mit der Verabschiedung des Generals Epp zusammen. Es wurde auch direkt verlangt, daß Epp an letzter Stelle im bayerischen Heere bleiben müsse. Wie man sieht, gehen aber die Pläne der bayerischen Regierung dahin, diesen General an die Spitze der vaterländischen Verbände in Bayern zu stellen, um so die Gefahr zu beseitigen, daß in erster Linie in diesen Verbänden die bayerischen Truppen unter dem Kommando des Reichs stehen. In Bayern eine eigene Regierung zu schaffen.

Drohung mit der Volksabstimmung.

München, 20. September. (Ein Draht.) Am Donnerstag wird die bayerische Regierung in einem Ministerialrat den Bericht des Ministers des Innern Schöberl über seine Verhandlungen mit der Reichsregierung entgegengenommen und sich dann entschieden über die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft. Inzwischen ist noch bekannt geworden, daß die Ernennung eines außerordentlichen Regierungskommissars mit dikatorischen Befugnissen vorbereitet ist. (Somit sind bereits gehen gemacht. D. H.) Man nimmt an, daß die Reichsregierung eine besondere Schwärzerei macht. Solches wird beachtet und der Reichspräsident eventuell diese bayerischen Verordnungen außer Kraft setzen, so sehr die bayerische Regierung entgegen, das bayerische Volk in einem Referendum abzufragen zu lassen.

Reißt das Ruhrkampf-Siegel!

Von Ewald Bernstein. Den nachstehenden Artikel entnehmen wir der Monatsausgabe unseres Westfalen-Parasitenorgans, der 'Völkischen Wacht'.

Reichsminister Grafenmann hat in seiner Ansprache vom 19. September an die deutsche Presse - eine Rede, die allerdings sehr unglücklich empfing - das vom Reichspräsidenten Rupprecht jüngst geäußerte Wort Friedrichs II. von Preußen aufgenommen: 'Bei widrigem Wind muß man die Segel zeffeln!' Ein unglücklich richtiges Wort, das nur nicht genau befolgt wird. Der Reichspräsident sprach auch von der Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr, den man nicht nur seit Wochen im Rückschritt. Aber er machte sie wieder von Bedingungen abhängig, welche eine Verschleppung als möglich erdienen lassen, während es vor allem im Interesse Deutschlands ist, daß diesem schlimmer als irgendwas gewordenen Kampf so schnell wie nur möglich ein Ende gemacht wird. Viel zu lange hat man aus lauter Besinnungslosigkeit die noch heute als verlorene Schlacht der Nationalität gilt, in dieser Sache auszusprechen, was ist, was jeder Unrechtsgefühl unter der Augen als nicht anerkennend, unbillig und die Konsequenzen nicht zu sehen. Der Ruhrkampf war ursprünglich ein rein politischer Kampf um die Macht, die nach dem Sieg über die Weimarer selbst Schicksal geworden. In Tage das sind bereits, weil niemandem diese Tatsache besser bekannt ist, als Herrn Brüning, und von ihm als ein Kampf in seinem Spiel benutzt wird. Der Ruhrkampf war ursprünglich ein rein politischer Kampf um die Macht, die nach dem Sieg über die Weimarer selbst Schicksal geworden. In Tage das sind bereits, weil niemandem diese Tatsache besser bekannt ist, als Herrn Brüning, und von ihm als ein Kampf in seinem Spiel benutzt wird.

Der Reichstag einberufen.

Zum 26. September. Berlin, 20. September. Der Reichstagspräsident hat für Mittwoch, den 26. September, den Reichstag einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Reichstagspräsident schon in den ersten Tagen der beginnenden Sitzungsperiode, vielleicht bereits am 26. September, eine Erklärung der Reichsregierung über die Entlassung der außerordentlichen Lage in Zusammenhang mit einer Darstellung über die Innenpolitik, Entwicklung und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgibt.

Unbegrenzter Stimmungsumschwung in Paris.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der französische Ministerpräsident hat bekanntlich am Sonntag eine Rede gehalten, die in Deutschland Enttäuschungen hervorrief, wogegen sich die Pariser Presse im Verlauf der vergangenen Wochen nicht nur nicht optimistisch, so doch innerlich unzufrieden über Verhandlungsmöglichkeiten aus Anlaß der Rede des Reichspräsidenten in Berlin einseitigen Beschränkungsmaßnahmen äußerte. Die plötzliche Unzufriedenheit Poincarés erfuhr ihren Höhepunkt in einem am Dienstagabend vom Pariser 'Temps' veröffentlichten offiziellen Artikel, der der Reichsregierung, insbesondere dem Reichspräsidenten, gegenüber offen das Mißtrauen ausdrückte, das die Pariser Presse in Bezug auf die Verhandlungen mit Deutschland darin einzuwirken bestrebt, die Verhandlungen mit Deutschland nicht durch Fortsetzung zu erschweren, die dem besten Willen unüberwindlich sind. Der französische Ministerpräsident hat diese Demarkation auf dem Gebiet der Reichsregierung in Paris. In dem Artikel aber hat die Reichsregierung den Schritt der unzufrieden und belagerten Regierung nicht nur nicht bestritten, sondern auch

Österreichisch-polnischer Schiedsgerichtsvertrag.

Wien, 20. September. (WZ.) Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, ist anläßlich der Annäherung des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Grinberger der Entwurf eines Schiedsgerichtsvertrags zwischen Österreich und Polen in Aussicht genommen. Der Vertrag soll alle zwischen den beiden Ländern bestehenden Streitigkeiten zwischen beiden Ländern, die in dem Vertrag ausdrücklich vorgehoben sind, der obligatorischen Schiedsgerichtsbehandlung unterwerfen.

Der Reichstag einberufen.

Zum 26. September. Berlin, 20. September. Der Reichstagspräsident hat für Mittwoch, den 26. September, den Reichstag einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Reichstagspräsident schon in den ersten Tagen der beginnenden Sitzungsperiode, vielleicht bereits am 26. September, eine Erklärung der Reichsregierung über die Entlassung der außerordentlichen Lage in Zusammenhang mit einer Darstellung über die Innenpolitik, Entwicklung und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgibt.

Unbegrenzter Stimmungsumschwung in Paris.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der französische Ministerpräsident hat bekanntlich am Sonntag eine Rede gehalten, die in Deutschland Enttäuschungen hervorrief, wogegen sich die Pariser Presse im Verlauf der vergangenen Wochen nicht nur nicht optimistisch, so doch innerlich unzufrieden über Verhandlungsmöglichkeiten aus Anlaß der Rede des Reichspräsidenten in Berlin einseitigen Beschränkungsmaßnahmen äußerte. Die plötzliche Unzufriedenheit Poincarés erfuhr ihren Höhepunkt in einem am Dienstagabend vom Pariser 'Temps' veröffentlichten offiziellen Artikel, der der Reichsregierung, insbesondere dem Reichspräsidenten, gegenüber offen das Mißtrauen ausdrückte, das die Pariser Presse in Bezug auf die Verhandlungen mit Deutschland darin einzuwirken bestrebt, die Verhandlungen mit Deutschland nicht durch Fortsetzung zu erschweren, die dem besten Willen unüberwindlich sind. Der französische Ministerpräsident hat diese Demarkation auf dem Gebiet der Reichsregierung in Paris. In dem Artikel aber hat die Reichsregierung den Schritt der unzufrieden und belagerten Regierung nicht nur nicht bestritten, sondern auch

Wormittags 10-Uhr: Dollar 210 000 000.









